

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 75 (1981)
Heft: 1

Artikel: Evangelikale und Rechtsbürgertum : Erfahrungen in einer zürcherischen Kirchgemeinde
Autor: Arnold, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142875>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PETER ARNOLD

Evangelikale und Rechtsbürgertum

Erfahrungen in einer zürcherischen Kirchgemeinde

Für die stärker und aggressiver gewordenen neupietistischen und fundamentalistischen Strömungen in der evangelischen Kirche hat sich der Name «Evangelikale» eingebürgert. Mit Methoden der modernen Verkaufswerbung und völlig traditionellem Vokabular wird versucht, eine persönliche Christusbeziehung herzustellen. Die überindividuelle Reich-Gottes-Tradition, die im alten Pietismus ihren Platz hatte, ist aufgegeben. Politisch stehen die Evangelikalen dem Rechtsbürgertum nahe. Diese Wahlverwandtschaft belegt auch die Fallstudie von Peter Arnold. Der Verfasser war von 1976 bis 1980 Pfarrer in Weiningen. Hier wie an vielen andern Orten im Kanton Zürich ist es üblich, daß sich die politischen Parteien an der Wahl der Kirchenpflegen mit eigenen Kandidaten beteiligen. Nach Gemeinderat und Schulpflege bietet die Verwaltung der Kirchgemeinde den Ortsparteien die dritte Möglichkeit, eine öffentliche Aufgabe zu übernehmen. Die Redaktion

1. Fakten zum Weininger Kirchenstreit

In der reformierten Kirchgemeinde Weiningen kam es 1978 bei den Erneuerungswahlen in die Kirchenpflege zu einer Kampfwahl. Zwei vollständige Listen standen sich gegenüber, wobei die eine Liste zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigte. Zwei Jahre später hatten alle vier vollamtlichen Mitarbeiter: die beiden Pfarrer, der Gemeindegelder und der Sigrist, sowie die nebenamtliche Sekretärin ihren Dienst quittiert. Das sind die unbestrittenen Fakten einer unerfreulichen, aber instruktiven Geschichte.

Die Frage nach den Hintergründen der auffälligen Kündigungswelle wird unterschiedlich beantwortet je nach Standpunkt und Interesse. Die fünf ehemaligen Mitarbeiter sehen in der äußerst unangenehmen Zusammenarbeit mit der Kirchenpflege den maßgeblichen Grund für ihr Ausscheiden. Die Kirchenpflege will das nicht gelten lassen und macht hauptsächlich persönliche Unverträglichkeiten unter den Mitarbeitern für die Kündigungen verantwortlich — eine Behauptung, die größtenteils aus der Luft gegriffen ist. So wurde es für die Gemeindeglieder, die mit den Verhältnissen nicht näher vertraut sind, schwierig, sich ein Bild zu machen. Entsprechend war hier der Tenor, «man komme da nicht draus»: Erfolg einer gezielten Verwirrtaktik.

2. Vorgeschichte

Die Kirchgemeinde Weiningen umfaßt die vier politischen Gemeinden Unterengstringen, Weiningen, Geroldswil und Oetwil an der Limmat; sie zählt rund 6 000 reformierte Einwohner. Bis vor etwa dreißig Jahren waren diese vier Gemeinden nahe der Stadt Zürich bäuerlich geprägt. Heute ist das Gebiet weitgehend überbaut. Zuerst entstanden Einfamilienhäuser am Hang, dann Blocks mit teuren und auch billigeren bis billigen Wohnungen. Die Bevölkerung ist also sozial stark gemischt. Trotzdem dominieren die «Leute vom Hang» das politische Leben ganz und gar; einzig in Unterengstringen wird der sehr zahmen örtlichen SP ein Sitz im Gemeinderat zugestanden. Im übrigen sind die Spielmacher organisiert in der Schweizerischen Volkspartei, in der Freisinnig-demokratischen Partei oder in einer der nominell unabhängigen Bürgervereinigungen. Sie sind mehrheitlich stark rechtslastig, geplagt von einer Phobie vor allem, was auch nur im entferntesten nach links riecht. Der Subversivenjäger Cincera hat manchen Sympathisanten unter ihnen. Nicht alle sind Scharfmacher oder Inquisitoren, aber einige ganz ausgesprochen, und die andern sind leicht ansprechbar auf deren Hetze. Das haben wir zu spüren bekommen.

Die Kirchgemeinde Weiningen war die einzige größere Institution in der Kreisgemeinde, die sich der Kontrolle durch das Rechtsbürgertum entzogen hatte. Und zwar seit etlichen Jahren:

— mit einem nach neuen Wegen suchenden Pfarrer, der 1965 an die zweite Pfarrstelle von Geroldswil berufen worden war;

— mit einer Kirchenpflege, in der Aufgeschlossene die Richtung wiesen, alles auch «Leute vom Hang», die aber ein wirklich liberales Bürgertum verkörperten;

— mit einem Gemeindegelder, der den Spielmachern von Anfang an ein Dorn im Auge war.

Ausdruck dieser Aufgeschlossenheit war das Projekt einer modernen Kirche mit Gemeindezentrum in Geroldswil, das viel zu reden gab und schließlich, nach gehässiger Auseinandersetzung, von der Gemeindeversammlung mit hauchdünner Mehrheit angenommen wurde. Das war 1973/74; mit dieser Auseinandersetzung ging die Schonzeit für die Kirchgemeinde zu Ende. Das Rechtsbürgertum hatte sich für die Belange der Gemeinde zu interessieren begonnen und übte, wo immer möglich, Druck aus. Seine Mittel waren:

— die Rechnungsprüfungskommission mit schikanösen Nachfragen;

— eine gute Präsenz an den Kirchgemeindeversammlungen mit anhaltenden, teilweise überaus aggressiven Voten des Mißtrauens und besonders plumpen Angriffen gegen den erwähnten Gemeindegelder: was er eigentlich tue, der Gemeindegelder sei doch dazu da, den Bauern bei der Arbeit zu helfen (!);

— ein desolat geführtes Abwählverfahren gegen den initiativen Geroldswiler Pfarrer, der zwar mit gutem Mehr bestätigt wurde, aber 1972 mit einem Nervenzusammenbruch aus dem Amt schied — obwohl die Kirchenpflege fast einmütig hinter ihm gestanden war.

3. *Der Kampf um die Kirchenpflege*

Mit dem Ausscheiden dieses Pfarrers hat sich das Verhältnis in der Kirchenpflege noch nicht entscheidend verschoben, obwohl die Evangelikalen Einsitz nehmen. Vor allem ist der Präsident ein konservativer Evangelikaler, der die Verbindung zum Rechtsbürgertum pflegt und für den Informationsfluß dahin besorgt ist. 1975 wird nach mehrjähriger Vakanz ein Freund von mir an das Pfarramt Geroldswil gewählt. Ein Jahr später wird das Pfarramt Weiningen frei, das der Zurückgetretene 25 Jahre lang im guten Einvernehmen mit den tonangebenden Leuten verwaltet hat. Ich bewerbe mich als Nachfolger. Jetzt ist das Seilziehen um die Wahl zwischen der aufgeschlossenen Mehrheit und den Evangelikalen schon weit spürbarer. Es heißt: «Noch einer von denen!», obwohl die dritte Pfarrstelle bei einem älteren, ganz und gar evangelikalen Kollegen in guten Händen ist, die Traditionalisten sich also keineswegs heimatlos vorkommen müssen.

Nach meiner Wahl tritt der evangelikale Präsident resigniert zurück. Die liberale Mehrheit hätte nach zwei schwachen und lavierenden Präsidenten gerne einen profilierten Mann, der diese Mehrheit auch vertreten kann. Andererseits will man das Rechtsbürgertum nicht gegen sich aufbringen. So übernimmt wieder eine schwache Figur den Vorsitz, die weiß, wer die Macht vertritt. Der neue Präsident verleumdet und desavouiert «die beiden jungen Pfarrer» und die mit ihnen zusammenarbeitenden Kirchenpfleger bei den interessierten Scharfmachern. Ein Beispiel: Er muß an einer Kirchgemeindeversammlung das von der Kirchenpflege verabschiedete Budget vertreten. Das tut er auch formal, zeigt aber seine Opposition und freut sich an allen kritischen Fragen und mißtrauischen Voten. Er genießt, wie sein eigenes Budget abgelehnt wird. Damit hat sich die Kirchenpflege in aller Oeffentlichkeit als funktionsunfähig dargestellt. Das führt zu einem handfesten Krach in der Kirchenpflege, der im Zusammenhang mit mehreren Demissionen teilweise auch noch öffentlich ausgetragen wird.

Im Frühling 1978 stehen Erneuerungswahlen an. Allen ist klar, daß jetzt die Weichen gestellt werden für den künftigen Weg der Kirchgemeinde. Von den Bisherigen bewerben sich die vier Liberalen um die Wiederwahl. Sie bemühen sich mit «den beiden jungen Pfarrern» zusammen, eine — mit neun Personen — vollständige Kandidatenliste zur Wahl vorzuschlagen. Auf der Liste stehen Namen von intelligenten, profilierten und über Jahrzehnte kirchlich engagierten Persönlichkei-

ten: Bürgerliche, aber nicht Rechtsbürgerliche, unter ihnen als Kandidat für das Präsidium ein Jurist, Sekretär der Zürcher Aerztegesellschaft, also bestimmt kein Linker, aber ein Mann wirklicher Mitte.

Der Traum ist von kurzer Dauer. Die Kandidaten sind den Vorposten des Rechtsbürgertums nicht genehm, den Evangelikalen auch nicht. Es wird eine sogenannte Präsidentenkonferenz einberufen. Alle reformierten Präsidenten und sonst Vizepräsidenten der Ortsparteien und politischen Vereine in der Kreisgemeinde werden aufgeboten, um «das schwierige Problem Kirchgemeinde Weiningen zu lösen». Die große Mehrheit unter ihnen verkehrt nie in der Kirche, viele kennen weder Pfarrer noch Kirchenpfleger und schon gar nicht die Verhältnisse in der Kirchgemeinde. Trotzdem schreiten sie erstaunlich rasch zur Diagnose, woran die Kirchgemeinde krankt: falsche Kirchenpfleger, falsche Pfarrer, falsche Mitarbeiter; es braucht einen neuen Wind. Ergebnis: die bisherigen Kirchenpfleger werden nicht mehr zur Wiederwahl vorgeschlagen, die Kirchenpflege soll vollständig ausgewechselt werden. Eine neue Liste wird von den Parteien und politischen Vereinen zusammengestellt und unterschrieben, die SP Unterengstringen eingeschlossen, allerdings ohne die SP-Sektionen Weiningen und Geroldswil. Die Wahl fällt entsprechend aus: im Verhältnis zwei zu eins für die Parteienliste, wobei die rund 350 Gegenstimmen erstaunlich viel sind, wurde doch unsere Liste von keiner einzigen offiziellen Gruppierung unterschrieben.

4. Der Präsident

Drei von den neun Mitgliedern der neuen Kirchenpflege kenne ich, sie sind dem evangelikalen Lager zuzurechnen. Die sechs andern kenne ich kaum oder gar nicht. Einem von ihnen muß meine Frau zeigen, wo sich die Kirche befindet. Es sind sechs schwache, mindestens kirchlich gesehen profillose Figuren, die sich für die Belange der Kirche kaum interessieren und gerade deshalb den stark evangelikalen Kurs des Präsidenten unterstützen. «Der Präsident» bedeutet den Kirchenpflegern viel, im Gespräch mit Drittpersonen nennen sie ihn auch meistens so. Er dominiert in der Tat, er arrangiert alles Wesentliche im Alleingang und läßt sich seine Entscheide von den acht Kollegen bestätigen.

Der Präsident gehört zu den tonangebenden «Leuten vom Hang», ist auf eine sehr biedere Weise rechtslastig und pflegt eine evangelikale Frömmigkeit. Seit Jahren hatte er auf eine unangenehme Weise Stimmung gemacht gegen die vorherige Kirchenpflege, gegen die Pfarrer und den Gemeindegelder. Interessanterweise ist er auch an der genannten Präsidentenkonferenz, obwohl ohne Amt, mit dabei; gewissermaßen als Sachverständiger, dank seiner Informiertheit unerläßlich für die an

der Kirche sonst ja weiter nicht interessierten Kumpane. Seine Kompetenz in kirchlichen Fragen, verbunden mit viel Initiative und Arbeits-eifer, erlaubt ihm auch sein Vorgehen gegen kirchliche Mitarbeiter.

5. Die Mitarbeiter

Der Druck auf die Mitarbeiter ist vom ersten Tag an beträchtlich. Im zweiten Monat schon kündigt die Sekretärin. Sie ist über 60 Jahre alt und kann sich schlecht wehren. Einen Monat später folgt der Gemeindegelder. Er wird durch einen jungen evangelikalen Lehrer ersetzt, der verspricht, das Evangelium unter den Jugendlichen der Kirchgemeinde kräftig auszubreiten. Wie der Kirchenrat des Kantons Zürich den Kirchgemeinden einen Beitrag für neue Wege in der offenen Jugendarbeit anbietet, schlägt die neue Kirchenpflege sofort zu und bekommt auch rund Fr. 20 000.— zugesprochen. Es gibt ja keine Kriterien für offene Jugendarbeit. Nun wird ein zweiter Jugendmitarbeiter gesucht. Gemäß Inserat soll er die Jugendlichen zu «christlicher Freizeitgestaltung» anregen. Angestellt wird ein Freund des neuen Gemeindegelders, der in der Heilsarmee geistig beheimatet ist und von daher seine Anregungen für die Jugendarbeit bezieht.

Inzwischen kündigt der Sigrüst der Kirche Geroldswil und trennt sich schwer verärgert von der Kirchenpflege. Es ist eine bloße Frage der Zeit, bis auch «die beiden jungen Pfarrer» gehen. Ein Jahr nach der Neuwahl der Kirchenpflege haben wir begonnen, einen neuen Wirkungskreis zu suchen. Mein Kollege hat nach fünf Jahren in Geroldswil ein anderes Pfarramt übernommen. Ich gehe, nach vier Jahren in Weiningen, nach Tansania, um dort in der Pfarrerausbildung der Brüdergemeinde mitzuarbeiten.

Nach den Kündigungen folgt der letzte Akt, eine öffentliche Auseinandersetzung um diese Vorgänge. Für den Präsidenten sind unsere Angaben nicht wahr, alles sei in bester Ordnung, fünf Kündigungen binnen zweier Jahre nichts Auffälliges. Peinlich berührt, daß er zu seinem evangelikalen Anliegen überhaupt nicht mehr steht. Er weiß, daß damit in der Landeskirche kein Staat zu machen ist. Hier unterscheiden sich die raffinierten Evangelikalen in der Landeskirche auf ganz unerfreuliche Weise von den Evangelikalen in den Freikirchen. Diese stehen auch öffentlich zu ihrem Anliegen und reden nicht nur unter ihresgleichen von Evangelisation und Bekehrung. Wenn ein Kind in ein Sommerlager der Chrischonagemeinschaft geht, wissen die Eltern, woran sie sind. In Weiningen wird die Jugend zwar sehr umworben, das Anliegen aber («gläubige» Jugendliche) kaschiert, notfalls geleugnet, um das landeskirchliche Gesicht wahren zu können.

Den Pfarrern wurde offiziell nur vorgeworfen, daß sie nicht kooperativ genug gewesen seien. Denn die Bevölkerung war über unseren

Wegzug alles andere als erfreut. Meine Frau und ich pflegten einen sehr guten Kontakt zu den Dorfbewohnern von Weiningen. Ich hatte meine pfarramtliche Tätigkeit kaum mit Provokationen gewürzt, auch anlässlich einer Ansprache zum 1. August nicht, und habe überhaupt wenig Aufsehen erregt — außer durch die Geburt unserer Zwillinge.

Umgekehrt wollten wir uns im Pfarramt auch nicht verleugnen. Die rechtsbürgerlichen Kreise haben wohl auf Grund kleinster Signale und Unterlassungen bald realisiert, daß wir nicht zu den Ihren zu zählen sind. Ich bin überzeugt, daß das Zürcher Rechtsbürgertum heute ein ausdrückliches Bekenntnis verlangt mit dem bekannten Vokabular: zum Rechtsstaat, zur freiheitlichen Ordnung, zur Landesverteidigung, gegen eine krawallierende Jugend und deren Sympathisanten, gegen die Kommunisten etc. Allein die Tatsache, daß solche Bekenntnisse ausbleiben, genügt, einen Pfarrer in diesen Kreisen suspekt werden zu lassen. Daß meine Frau in der kleinen SP-Sektion des Ortes aktiv war, machte den Verdacht zur Gewißheit.

Nun sind in der Kirchgemeinde Weiningen zwei Pfarrstellen zu besetzen. Für die Pfarrwahlkommission hat die Kirchenpflege einen Blankoscheck erhalten; freilich nicht von der Bevölkerung, bei der ihr Image angeschlagen ist, aber von der schon erwähnten Präsidentenkonferenz. Einen Tag nach unseren Kündigungen hat «der Präsident» diese seine Hausmacht aufgeboten, um sich Rückendeckung zu verschaffen. Und die Präsidentenkonferenz hat der Kirchenpflege in einem Flugblatt auch «hervorragende Arbeit» attestiert! Die SVP Weiningen forderte dann in einem Brief ihre Mitglieder auf, geschlossen an der Kirchgemeindeversammlung teilzunehmen, wo die Pfarrwahlkommission bestellt werden mußte, deren Zusammensetzung aber von der Präsidentenkonferenz schon abgekartet war. In diesem Brief heißt es: «Nur mit der vorgeschlagenen Pfarrwahlkommission haben wir die Chance, zwei neue Pfarrer zu wählen, die in unsere bürgerliche Kirchgemeinde passen.» Ein starkes Stück, das allerdings auch zahlreiche SVP-Mitglieder verärgert hat. Trotzdem verlief an der Versammlung alles wie vorgesehen.

Also eine Kirchgemeinde am Gängelband der Parteien! Die Evangelikalen, die sonst sehr darauf bedacht sind, daß Kirche und Politik getrennt bleiben, finden nichts Störendes daran. Offenbar ist ihnen recht, wenn vollkommen unkirchliche Dorfpolitiker der Kirche den Weg weisen und alle liberalen, kirchlich sehr interessierten Leute gezielt ausschließen. Denn sie haben bei der ganzen Aktion einen nicht zu mageren Happen abbekommen. Hunderte von Gemeindegliedern, die früher in irgendeinem Bereich aktiv waren, haben sich zurückgezogen: eine begreifliche Ermüdungserscheinung nach jahrelangem Kampf.

6. Die Sozialdemokraten

Noch ein Wort zur Haltung der SP. Die Sektionen in Unterengstringen, Weiningen und Geroldswil sind klein und politisch nicht bedeutend. Meine Frau hat in Weiningen mitgemacht, ich selber bin in einer Stadt-Sektion geblieben, habe aber dort aus Zeitmangel nicht mehr mitgearbeitet. Ich habe meine Mitgliedschaft in der SP weder versteckt noch damit hausiert.

Wenn das Rechtsbürgertum weiß, auf diesen oder jenen Pfarrer ist politisch Verlaß, so wird er in Auseinandersetzungen kompetent gestützt, sei er nun liberal oder evangelikal oder sonst etwas. Anders steht es mit der SP. Wohl hat uns die SP Weiningen nach unseren Kündigungen unterstützt, so gut sie konnte. Nur ist die Kapazität der Genossen in kirchlichen Angelegenheiten nicht besonders groß. Sie interessieren sich zu wenig für die Kirche, um eingreifen zu können.

Zwar waren die SP-Sektionen auch eingeladen an die Präsidentenkonferenz, aber ernstlich mitreden konnte dort keiner der Genossen, weil sie die Verhältnisse ebensowenig kannten wie ihre Kollegen auf der anderen Seite. Eine ganze SP-Sektion kann sich ereifern, um einen einzigen Sitz zu bekommen in einer Behörde, obwohl ein einzelnes Mitglied in einer Behörde doch eher ohne Bedeutung ist. Ein Pfarramt scheint mir viel wichtiger, denn da wird konkret gearbeitet. Aber das interessiert die Genossen nicht so sehr. Eine ganz trübe Rolle spielte die SP Unterengstringen. Sie hat in der neuen Kirchenpflege einen Vertreter (der als einziger auch auf unserer Liste war). Aber dieser Mann ist nicht der Typ, der das Schema der Neun-zu-null-Beschlüsse durchbrechen könnte. Die SP Unterengstringen hat es vor zwei Jahren für gut befunden, die Liste des Rechtsbürgertums zu unterschreiben, obwohl an der Präsidentenkonferenz ja ausdrücklich beklagt worden war, «die beiden jungen Pfarrer» stünden links und bräuchten Gegensteuerung. Die Sektion nahm keine Rücksprache mit den Nachbarsektionen in Weiningen und Geroldswil, die als einzige örtliche Parteien die besagte Liste nicht unterschrieben. Und eine Kontaktnahme mit den Pfarrern kam offenbar noch weniger in Frage.

Nach geschlagener und verlorener Schlacht hatte ich nicht mehr Lust, mich mit solch kuriosen Genossen herumzubalgen. Ich bin also den Gründen für dieses In-den-Rücken-Fallen nicht mehr nachgegangen. Vermutlich handelt es sich um ein völliges Desinteresse an kirchlichen Angelegenheiten. Man hat einen Sitz in der Behörde und ist zufrieden. Für einen Pfarrer, der Mitglied ist in der SP, wird die Lage allerdings schwierig, sowohl in der Kirche als auch in der Partei.

Das ist unsere Geschichte. Ich wünsche allen, die eine ähnliche Auseinandersetzung führen müssen, mehr Erfolg, als wir ihn in Weiningen hatten.